

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger)

Drahtschrift
Tageblatt Rieser,
Sonntag Nr. 22,
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreishauptmannschaft, des Kreisgerichts und der Kreisverwaltung beim Kreisgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Hauptpostamtes Reichen beschließend bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1500,
Straßen:
Rieser Nr. 22

Nr. 801.

Dienstag, 29. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Untertun von Postbestellungsänderungen, Erhöhungen des Abos und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Ungezogene für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 6 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Verschicken an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 mm breite, 8 mm hohe Druckgröße (8 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Druckgröße 100 Gold-Pfennige; -zeitraumbesondere und tabellarische Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife Bewilligt Rabatt erstreckt, wenn der Betrag vorläufig eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterlassungsbefehl: Empfänger an der "Der". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Postämter oder der Vertriebsstellen - hat der Besteller keinen Anspruch auf Wiedergabe oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Haager & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 19. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hofmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Hilf dir, Europa!

Wenn der amerikanische Senator Borah den Standpunkt vertritt, es wäre besser, wenn sich Amerika um die europäischen Angelegenheiten nicht weiter kümmern würde, so steht er mit dieser Ansicht nicht etwa allein. Wiederholt ist in den Vereinigten Staaten die Tendenz vor sich, zeitweilig sogar befolgt worden. Amerika tue besser, sich auf seinen Kontinent zu beschränken. Freilich, die Vernunft sagt wiederum, ein soart industriellisiertes Land könne sich nicht einfach vom Weltmarkt abschließen und ein Eigenleben führen. Indessen: Es wird mit dem Schlagwort, Amerika, den Amerikanern! auch nicht der wirtschaftliche Trennungstrieb gezogen, sondern mehr an eine politische Einschränkung gedacht. Kann ich aber Sinn und Inhalt aller Politik lediglich wirtschaftliche Tendenz. Die Wirtschaft bestimmt die Politik, nicht umgekehrt. Amerika hat aus diesem Grunde schon ein lebhaftes Interesse daran, die europäischen Schwierigkeiten mitzureden zu helfen. Die zeitweise negative Haltung ist nur eine Geste.

Und die Franzosen haben nicht so unrecht, wenn sie behaupten, Amerika verstoße mit Nachdruck die Beseitigung der Reparationen, um die amerikanischen Kredite in Deutschland zu retten. Gewiß mag in New York und Washington gelegentlich die Sorge aufkommen, ob die Kredite in Deutschland nicht verloren gehen und die Belastung Deutschlands durch die hohen Reparationsverpflichtungen. Ein wenig Egoismus wird in der amerikanischen Politik, in allen Geschäften der Regierung und des Parlaments und in allen Reden die Liebhaber gewesen sein. Immerhin ist die Ansicht, die Amerikaner offenbart, und gänzlich und schließlich deckt sie sich auch mit der Erkenntnis, die nun auch in einzelnen europäischen Ländern offenbar geworden ist.

Der amerikanische Rat: Hilf dir selbst, Europa. Ist durchaus ernst gemeint, sobald Amerika sieht, daß es seinen Einfluß nicht durchsetzen kann. Und es ist leicht möglich, daß Amerika es versteht, wirtschaftliche Fäden weiter zu spinnen, in politischen Fragen aber nur den Hörsaal spielt. Wie wäre es nun, wenn Europa gezwungen wäre, sich selbst zu helfen? Eine Frage, von eminentem Wert, die Frage, die heute nicht mit einem einfachen Aufstehen abgetan werden kann. Wie ist es in Europa mit der Selbsthilfe bestellt? Kann Europa sich selbst helfen, oder vielmehr richtiger gesagt: Kann es den Weg zur Vernunft allein finden? Man muß zur Verantwortung dieser Frage die Macht- und Kraftverhältnisse der europäischen Länder beachten. Frankreich hat sich tatsächlich so in den Vordergrund, an die Spitze geschoben, daß es in allen Fragen den Ausschlag geben muß. Aber nicht nur die finanzielle und militärische Sicherung Frankreichs bringt Frankreich die letzte und so ziemlich einzige Entscheidung in die Hand, auch die französischen Einflüsse in einer Reihe europäischer Staaten, die Bindung durch geschriebene und geschriebene Verträge, sichern Frankreich das Recht der Führung. Dieses Recht der Führung ist so selbstverständlich geworden, daß man vielmehr mit gleichem Recht von dem Recht der Alleinbestimmung Frankreichs reden darf. Bis vor einigen Monaten galt in Europa noch immer das englische Wort. Die Krise aber, die so plötzlich und unvorhersehbar über England hereinbrach, zwang Britannien zur äußersten Zurückhaltung. Es verfügt nicht mehr über die Geldmittel, um einer politischen Forderung eventuell auf dem Weltmarkt Nachdruck zu verleihen. Es muß selbst nachdenken, um nicht von dem europäischen Kapitalisten weiter beschädigt zu werden. Es hat für seine Meinung heute nicht mehr die alte britische Weltgeltung in die Waage zu werfen. Wenn also selbst England nicht mehr gegen Frankreich aufkommen kann, die übrigen europäischen Länder jedoch ihrer finanziellen und militärischen Schwäche und nicht zuletzt ihrer Abhängigkeit wegen, seinen Einfluß beanspruchen dürfen, so ergibt sich aus der amerikanischen Warnung: Hilf dir selbst, Europa, keine andere Empfehlung als die: Frankreich bestimme Du!

Und wir sind tatsächlich soweit, daß wir diese Tendenz allmählich anerkennen müssen. Wir sind soweit gekommen, daß in Europa Frankreich und nur Frankreich zu bestimmen hat. Sehen wir nicht aus den Baseler Verhandlungen, daß sich alle Delegierten von den französischen Forderungen lösen, daß die französischen Delegierten die Berichte bis zuletzt verzögerten und schließlich Verhandlungen durchsetzten, die nicht im Sinne der großen Mehrheit der Delegierten lagen? Hier liegt das erste große Beispiel für die Entwicklung, wenn tatsächlich Europa auf sich selbst angewiesen ist und dem französischen Volkswort nicht ein anderer, der amerikanische entgegen gehalten wird.

In der Mitte des Januar wird die große Reparationskonferenz ihren Anfang nehmen. Die Auffassungen der Teilnehmer liegen heute schon klar. Würde die Mehrheit bestimmen können, so wäre mit der Beseitigung der Reparationen zu rechnen. Aber die Mehrheit muß mit dem größten Nachdruck, mit Frankreich rechnen. Sie wird deshalb in langen Verhandlungen hängen und - wenn Amerika sich neutral verhält - ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß es auf dieser Konferenz zu keiner Lösung der größten Schwierigkeiten kommt, sondern lediglich eine neue Atempause beschlossen wird, eine

Neue englische Stimmen für endgültige Regelung. Die Kritik am Baseler Bericht.

Offener Widerstand

gegen die französische Politik gefordert.

London. „Financial News“ schreibt zum Baseler Bericht: Man braucht nicht von vornherein anzunehmen, daß Frankreich zu einer vernünftigen Auffassung fähig sein wird. Wenn es jedoch nicht zu wirklich entscheidenden Maßnahmen bereit ist, dann wird es notwendig sein, der französischen Politik offenen Widerstand entgegenzusetzen und Deutschlands Partei zu ergreifen. Das Blatt nimmt Anstoß daran, daß der Bericht insolge der Haltung des französischen Delegierten wiederholt von dem „vorübergehenden“ Charakter der deutschen Schwierigkeiten spreche und nicht deutlich genug hervorhebe, daß diese vorübergehenden Schwierigkeiten vor einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage nicht aufhören würden. Die Gity sei über den Bericht nicht begeistert, weil er auf die Reue des Schuldens, irgendein unbefriedigendes Kompromiß zu erzielen, das dem Gefühl der Unberechtigt sein Ende machen würde.

Eine zeitweilige Vereinbarung würde die Krise nur verlängern. In finanziellen Kreisen würde immer härter die Ansicht vertreten, daß die Dinge sobald wie möglich auf die Spitze getrieben werden sollten. Wenn eine befriedigende Regelung nicht zu erzielen ist, dann sollte Deutschland sich zu weiteren Zahlungen unfähig erklären, und die Regierungen, die Kriegsschulden haben, sollten Deutschlands Beispiel folgen.

Zum Baseler Sachverständigenbericht sagt „Times“, der Bericht sei vielleicht etwas mager, würde aber durch seine klare Sachlichkeit außerordentlich eindrucksvoll. Als die wichtigsten Schlussfolgerungen des Berichtes erscheinen dem Blatte, daß der Vorschlag die Möglichkeit einer schweren Krise nicht in Rechnung gestellt habe, und daß Deutschland nicht imstande sein werde, im nächsten Sommer die Zahlung auch nur der ungeschuldeten Annuitäten wieder aufzunehmen. Wenn Deutschland keine ausreichende Atempause erhalte, um wieder zahlungsfähig zu werden, würde es nicht imstande sein, irgend etwas zu bezahlen. Die Wiederherstellung des deutschen Kredites erfordere mehr als ein bloßes Moratorium von zwei, drei oder auch fünf Jahren. Wenn die Reparationspflicht Deutschlands nicht auf eine Summe festgesetzt werde, die dem Ausländer erträglich, Deutschland weiterhin vertrauensvoll Geld zu leihen, dann werde Deutschland außerstande sein, Reparationen zu bezahlen.

Ein bloßes Moratorium, sagt „Times“ mit Nachdruck, das Deutschlands endgültige Verbindlichkeit unberührt läßt, würde lediglich die Krankheit verlängern und zu einer neuen, gefährlicheren Krise führen. Aus diesem Grunde habe die britische Regierung in ihrer neuesten Antwort ebenfalls auf eine dauerhafte Lösung dieser Frage gedrungen.

Der liberale „New Chronicle“ erklärt, es handle sich jetzt nicht nur um eine deutsche Frage, sondern um ein Weltproblem. Ohne eine befriedigende Regelung der deutschen Finanzlage werde der Handel völlig ins Stocken kommen, und die finanzielle Rührung der Welt werde andauern und sich verschlimmern. „Financial Times“ schreibt, der Bericht gebe einen deutlichen Hinweis, daß die Gläubiger Deutschlands nach einem Verzicht auf ihre Reparationsleistungen nicht imstande sein würden, die Last ihrer Zahlungen an die Vereinigten Staaten weiter zu tragen, und sagt hinzu: Wenn die Vereinigten Staaten nicht Angelegenheiten machen, die über das Hooverjahr hinausgehen, könnte Europa sich gezwungen sehen, die Initiative zu ergreifen.

Der arbeiterparteiliche „Daily Herald“ nennt den Baseler Bericht ein völlig wertloses Schriftstück. Wenn den Rindereien von Basel weitere Rindereien im Haag folgen sollten, so seien die Aussichten für Deutschland und die Welt recht dunkel.

Aufrechterhaltung der Reparationen im Prinzip und die Vertagung der Revision auf unbestimmte Zeit. Das damit Europa nicht geholfen ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden. So lange die Reparationen vertraulich festliegen und wie ein drohendes Gewölk am Himmel hängen, wird sich Europa aus seiner Krise nicht befreien können. Und Frankreich hat nicht die Absicht, die große Geste zu zeigen und sich als Retter Europas aufzuspielen. Noch ist es nicht so weit, von der großen Geste Gebrauch zu machen, die ihm in den Schoß gelegt ward. Europa kann sich demnach nicht selbst helfen, weil der Rastke sich verlagert, Europa wird vegetieren und weiter Rot leiden, wenn nicht einmal die Vernunft sich durchzusetzen vermag.

Man könnte sich noch den Fall denken, daß alle europäischen Mächte eine geschlossene Front gegen Frankreich bilden, daß sie sich zu Bestrafungen belangen, die die völlige Isolierung Frankreichs ergeben. Aber, ist damit etwas gewonnen? Glaubt jemand, Frankreich würde die Isolierung? Es hat im Laufe des letzten Jahrzehnts sich so oft aus der Reihe bewegt und den Sturm der

Englands Schlussfolgerungen aus dem Baseler Bericht.

London. Da der Baseler Bericht den amtlichen englischen Stellen im amtlichen Wortlaut noch nicht vorliegt, so enthalten sich die zuständigen Stellen bisher noch einer endgültigen Stellungnahme. Die der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ meldet, sind sich die zuständigen Stellen doch schon über die voraussichtlichen Rückwirkungen des Baseler Berichtes auf die englische Politik klar geworden. Eine endgültige Entscheidung werde jedoch erst in der nächsten Kabinettsitzung fallen. Die englische Regierung werde daran festhalten, daß, wenn irgend möglich, im vollen Einvernehmen mit den beteiligten Regierungen eine Dauerlösung erzielt werde. Besonders wichtig sei die Stelle des Baseler Berichtes, die von einer unverzüglichen Atempause aller zwischenstaatlichen Schulden (Reparationen und anderer Kriegsschulden) an die gegenwärtige zerrüttete Lage der Welt spreche. Diese Forderung sollten sich sowohl die französischen politischen wie finanziellen Wünsche unterordnen. Auch im Vortitel unterstreicht der „Observer“ diese Ausführungen seines diplomatischen Mitarbeiters. Im übrigen sagt der Artikel mit rücksichtsloser Offenheit, daß die Nachkriegspolitik in ihrem milden Reparationsraum die Welt von einem Unheil nach anderen geführt habe. Es sei gänzlich zwecklos, jetzt wieder eine neue Art von Pongplan auszuarbeiten zu wollen. Die Welt habe lange genug unter den Reparations- und Kriegsschulden gelitten. Sie könne diese Bürde nicht mehr länger mit sich herumschleppen.

„Sunday Times“ sagt, alle Voraussagen der Haager Konferenzen hätten sich als trügerisch erwiesen. Der eine Mann, der jede optimistische Auffassung abgelehnt habe, sei Schacht gewesen. Einige der Konferenzteilnehmer im Haag hätten geglaubt, er sei ein schlauer Schachspieler. Heute müßten sie ihn jedoch als den wahren Propheten ansehen.

Amerika und der Baseler Bericht.

Berlin. In amtlichen amerikanischen Kreisen wird es, wie aus Washington gemeldet wird, nach wie vor abgelehnt, zum Baseler Bericht und zur Internationalen Schuldensanktionen Stellung zu nehmen. Jedenfalls habe sich aber an der amerikanischen Einstellung zu diesen Problemen nichts geändert. Diese Einstellung gebe dahin, daß die amerikanische Regierung bei der bekannten Ablehnung im Bundeskongress wie in weiten Kreisen der amerikanischen Bevölkerung gegen ein Anbieten weiterer finanzieller Opfer nicht wieder die Initiative ergreifen werde. Im allgemeinen werde der Baseler Bericht in Washington als ein erfreulicher Schritt zur Sanierung der deutschen Verhältnisse begrüßt, von deren Bedeutung das Schicksal ganz Europas abhängt. Man erwarte, daß bald eine Konferenz der alliierten Gläubiger zwecks Ausführung der Baseler Vorschläge über die Reparationen einberufen werde. An dieser internationalen Konferenz werde Amerika wieder aktiv teilnehmen, noch außerhalb der Konferenz Vorschläge machen oder Bedingungen stellen, da Amerika keine Reparationen erhalte, und der Bundeskongress sich soeben erst in der feierlichen Form eines Gesetzesbeschlusses gegen eine Revision der alliierten Schuldensanktionen ausgesprochen habe. In Amerika werde man vielmehr erwarten, was die Gläubiger Deutschlands beschließen. Sollten sie eine Reduzierung oder weitere Stundung ihrer Schulden an Amerika wünschen, so müßten sie diese Wünsche in Washington formell anmelden, bevor die amerikanische Regierung in irgendeiner Form in Aktion treten könne.

Weltmeinung gegen sich gehabt, und ist doch konsequent oder richtiger, selbstherrlich geblieben. Es verwarf die Scheingründe seine Haltung zu rechtfertigen und hat sich durch eine geschickte Politik und Wehrung seines Ansehens in die Reihe der Weltmächte gestellt, ohne durch die Isolierung etwas eingebüßt zu haben.

Es steht schlimm um Europa, das sich gewiß allein, ohne amerikanische Hilfe aus der Krise retten könnte, das heute so weit ist, die Ursachen der Krise zu erkennen, oder nicht die innere Kraft hat, der Erkenntnis die Tat folgen zu lassen. Es ist allem Anschein nach völlig verfehlt, Frankreich mit Fernunftgründen zu kommen. Noch führt es nicht die Schicksalsfrage einer harten Zeit, deshalb wird man nur wünschen können, entweder, Amerika bleibt als Gegenpol in der europäischen Politik tätig, oder es vollziehe sich in Frankreich ein schneller Abstieg aus dem Himmel der Erbhabenheit in die trübselige Ausübung der Finanzen und Wirtschaft. Denn auf einem Wege muß der französische Prestigegebirg hoch gebrochen werden.